



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 9. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 25.05.2010,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 21:17



**Anwesenheitsliste**

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner bis TOP 17 ö.S.

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann bis TOP 10 ö.S.

Wolfgang Kern

Peter Lerch bis TOP 3 nö.S.



Rolf Morio

Dorothea Müller ab TOP 6 ö.S.

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus ab TOP 2 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt bis TOP 4 nö.S.

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Marika Denzer

(Stadtbauamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Udo Hans

(Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)

Michael Heder

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Desiree Schneider

(Amt für Schulen, Kultur und Sport)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Thomas Hitschler

(Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU



Rudi Eichhorn

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende schlug vor, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 der öffentlichen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen. Hier gehe es um die Einschränkung des Erdbestattungsbetriebes auf dem Friedhof Queichheim und die Friedhofssatzung. Man wolle den Versuch machen, eine möglichst breite Basis für eine Beschlussfassung zu finden. Die Sitzungsvorlage werde so abgeändert, dass unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise Zubettungen möglich seien. Man müsse jetzt hier auch nichts überstürzen. Das Problem sei seit Jahren bekannt, so dass es nun auf ein paar Wochen nicht ankomme.

**Der Stadtrat beschloss einstimmig, die Tagesordnungspunkte 4 „Einschränkung des Erdbestattungsbetriebes auf dem Friedhof Queichheim“ und 5 „Friedhofssatzung“ von der Tagesordnung abzusetzen.**

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass man den Antrag unter Punkt 8.1 abändern werde. Man beantrage nunmehr die Errichtung einer 3,5-Feld-Halle und einer 3-Feld-Halle. Außerdem bitte man, den Antrag der UBFL zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 8 zu beraten.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e   S i t z u n g**

1. Einwohnerfragestunde
2. Budget der Stadtteile, Umstellung und Neuberechnung für 2011  
Vorlage: 200/011/2009
- 2.1. Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stadtratsfraktion;  
Budget der Stadtteile - Umstellung und Neuberechnung für 2011  
Vorlage: 100/016/2010
3. Alternative Bestattungsformen; hier: Vergabe einer Dienstleistungskonzession  
Vorlage: 320/002/2010
4. Fortschreibung Einzelhandelskonzept  
Vorlage: 610/042/2010
5. Einzelhandelsentwicklung - Standortprüfung für einen Vollsortimenter (Supermarkt)  
Vorlage: 610/047/2010
6. Ersatzsporthalle für die Rundsporthalle  
Vorlage: 820/024/2010
- 6.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Errichtung zweier 3-Feld-Hallen  
Vorlage: 101/071/2010
7. Optimierung Restabfallsammlung  
Vorlage: 860/034/2010/1
- 7.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Modifizierung der Restabfallsammlung und Neufestsetzung der Müllgebühren



Vorlage: 101/072/2010

8. Aufstellung des Bebauungsplanes GS 7 "Am Kalkgrubenweg Godramstein"  
Vorlage: 610/037/2010
9. Sanierungsgebiet Ortskern Landau-Nußdorf, Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen  
Vorlage: 610/040/2010
10. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Kosten- und Finanzierungsstand, Eigenanteil Stadt  
Vorlage: 610/044/2010
11. Sanierungsgebiet Deutsches Tor; Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Deutsches Tor, Neustadter Straße 2, gem. § 164 a BauGB i. V. m. § 177 BauGB; Grundstückseigentümer: Thorsten Holch, Dagobertstraße 1, Landau in der Pfalz  
Vorlage: 610/045/2010
12. Richtlinien über die Erhebung von Elternbeiträgen für die außerunterrichtliche Betreuung in Grundschulen  
Vorlage: 400/007/2010
13. Bereitstellung von 50.000,00 € für die Einrichtung einer Ganztagschule sowie 15.000,00 € für die Mittagsverpflegung an der Grundschule Süd  
Vorlage: 400/013/2010
14. Maßnahmenpaket zur Erfüllung des Anspruchs auf einen beitragsfreien Kindergartenbesuch für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr zum 01. August 2010  
Vorlage: 510/019/2010
15. Verschiedenes



## Öffentliche Sitzung





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Herr Werther sprach die Problematik auf dem Queichheimer Friedhof an. Er habe der Presse entnommen, dass die Verwaltung nun Zulegungen mit einer Grabhülle ermöglichen wolle. Dies sei aber ein Unding, denn eine Zulegung sei bei bestimmten Gräbern gar nicht möglich. Dies sei reine Augenwischerei der Verwaltung. So könne das nicht akzeptiert werden. Man müsse andere Lösungen finden, die Bürgerinitiative sei gerne bereit dabei zu helfen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass Grabhüllen verhindern sollen, dass Wasser an die Leichname kommt und die Verwesung verhindern. Wenn sich herausstelle, dass dies nicht gehe, dann müsse man andere Lösungen finden.

Eine Bürgerin wollte wissen, ob die größeren Müllbehälter bereits spruchreif seien oder dies nur angedacht sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies heute auf der Tagesordnung sei und beschlossen werde. Das werde dann auch so umgesetzt.

Die Bürgerin ergänzte, dass eine 4-Wochen-Leerungsfrist in der Innenstadt zu lang sei. Nicht jeder habe einen Garten.

Herr Eck antwortete, dass eine Leerung alle 4 Wochen keine Pflicht sei. Man biete dies nur zusätzlich optional an. Es könne jeder auch weiterhin im 2-Wochen-Rhythmus leeren lassen.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

### **Budget der Stadtteile, Umstellung und Neuberechnung für 2011**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 29. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zusammen mit der Vorlage werde man den Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP zu dieser Thematik vom 9. April 2010 beraten. Er verwies auf den Antrag, der ebenfalls dieser Niederschrift beigelegt ist. Das Budget habe man 2003 eingeführt, um den Ortsteilen Geld zur Verfügung zu stellen. Die Aufsichtsbehörde habe deutlich gemacht, dass sie diese Art von Budgets so nicht mehr akzeptiere. Daher habe man diesen nun vorliegenden Vorschlag erarbeitet.

Ratsmitglied Kern begründete den Antrag. Die Änderung und Neuberechnung des Budgets sei an sich unstrittig. Für die Stadtteile bringe das Verbesserungen. Dennoch gebe es gravierende Unterschiede zwischen den großen Stadtteilen wie Queichheim und Godramstein und den kleineren Stadtteilen. Hier bestehe nach seiner Auffassung ein klares Missverhältnis. Man sehe ein, dass an den Sockelbeträgen wie auch an den Beiträgen für Einwohner schwer zu nivellieren sei. Deshalb wolle man mit diesem Antrag einen jährlichen maßvollen Bonus für Godramstein und Queichheim erreichen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass man sowohl der Sitzungsvorlage als auch dem Antrag zustimmen werde. Man tue dies unter der Bedingung, dass dieser zusätzliche Bonus nicht zu Lasten der kleineren Ortsteile gehe. Bei der Einführung des Budgets seien die damaligen Ausgaben zugrunde gelegt und immer fortgeschrieben worden. Insofern seien die Zahlen ja nicht vom Himmel gefallen. So könne es beispielsweise sein, dass kleinere Stadtteile eine große Gemarkung haben. Eine Bemessung rein an der Einwohnerzahl wäre daher nicht zielführend.

Ratsmitglied Volkhardt sah bereits seit längerer Zeit einen Handlungsbedarf zur Neuordnung der Budgets. Durch die Neuordnung der Arbeiten der Gemeindearbeiter könnten Synergieeffekte entstehen, was die FWG ausdrücklich begrüße. Zudem sei das leidige Thema Restbudget aus der Welt geschaffen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer stimmte der Sitzungsvorlage und dem Antrag ebenfalls zu. Nach Auffassung der Bündnis 90/Die Grünen führe die Neuordnung zur Rechtsklarheit.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass die Einführung eines Budgets für die Stadtteile der richtige Weg gewesen sei. Klar sei, dass immer etwas nachgebessert werden müsse. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte, dass durch die Budgets die Stadtteile gestärkt würden. In der Neuregelung sehe sie einen ordentlichen Kompromiss, dem die UBFL-Stadtratsfraktion zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Umstellung der bisherigen Stadtteilbudgets wie in der Begründung dargestellt zum 1.1.2011 zuzustimmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.**

## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)**

**Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stadtratsfraktion;  
Budget der Stadtteile - Umstellung und Neuberechnung für 2011**



Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Punkt 2 beraten. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dass in Ergänzung des Beschlussvorschlages zur geplanten Änderung der Verfahrensweise beim Stadtteilbudget den beiden bevölkerungsreichsten Stadtteilen Godramstein und Queichheim wegen deren systembedingter Benachteiligung gegenüber den wesentlich einwohnerschwächeren dem Stadtteil Godramstein eine jährliche Ausgleichspauschale in Höhe von 1.500 Euro und Queichheim von 2.000 Euro gewährt wird.**

**Die Beträge können entweder dem Budget I (Sach- und Repräsentationskosten) ganz oder den Budgets I und II (Investitionen) anteilmäßig zugeschlagen werden.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Alternative Bestattungsformen; hier: Vergabe einer Dienstleistungskonzession**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungs- und Umweltabteilung vom 15. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Ausgangspunkt sei hier ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10. Mai 2009 zur Ausweisung eines Ruheforstes im Stadtwald. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass sich die Bestattungskultur verändert habe. Die Zahl der anonymen Bestattungen nehme zu. Mit der Vorlage hoffe man, dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger näher zu kommen.

Ratsmitglied Dr. Kopf stellte klar, dass man sich mit dem Antrag im letzten Jahr nicht auf den Stadtwald beschränkt habe. Daher könne man der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt erkannte an, dass ein Bedarf für die alternativen Bestattungsformen bestehe. Daher stimme man der Erweiterung des Hauptfriedhofs um eine Urnengemeinschaftsanlage zu. Der Vergabe an einen privaten Investor könne man allerdings nicht zustimmen. Er denke, dass diese Aufgabe vom Friedhofsamt ebenso gut erledigt werden könnte. Wenn dies so umgesetzt werde, hätte die UBFL einen Interessenskonflikt.

Ratsmitglied Silbernagel machte deutlich, dass man einem Friedwald nicht zugestimmt hätte. In dieser Form, wie es die Verwaltung nun vorschläge, sei es in Ordnung. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man ja keine gnadenlose Privatisierer sei. Privatisierung mache man nur dann, wenn es auch Sinn mache. Dies sei ja auch die Stärke unserer Wirtschaftsordnung, dass Private und Öffentliche in großem Einvernehmen zusammenarbeiten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**Der europaweiten Bekanntgabe der Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Neuanlage und Bewirtschaftung einer Urnengemeinschaftsgrabanlage auf dem Landauer Hauptfriedhof (Feld 11 Erweiterungsteil) wird zugestimmt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Fortschreibung Einzelhandelskonzept

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er dankte allen, die bei der Erstellung des Einzelhandelskonzeptes mitgewirkt haben. In Landau könne man von guten Voraussetzungen ausgehen. Dies zeige, dass man in den letzten Jahren auf dem richtigen Weg gewesen sei. Angesichts der wachsenden Zahl von Outletcentern habe man nur eine Chance, wenn man den Einzelhandel in Landau stärke. Es müsse definiert werden, was in der Innenstadt verkauft werden solle und was nicht. Die Stärke des Konzeptes sei, dass es Grundsätze gebe, es aber im Einzelfall auch Ausnahmen geben könne. Dies seien dann Einzelfallentscheidungen, wie damals bei der Ansiedlung des Media-Marktes. Man sei insgesamt auf einem guten Weg, in dem man auch weiterhin die Innenstadt stärke.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes zustimmen werde. Mit dem eingeschlagenen Weg Sorge man dafür, dass man keine amerikanischen Verhältnisse bekomme. Der Handel solle sich in der Innenstadt abspielen, man wolle keine leere Innenstadt. Der Landauer Weg sei der richtige Weg. Ein Blick in die umliegenden Städte zeige, dass es richtig gewesen sei, den innenstadtrelevanten Einzelhandel im Zentrum zu halten. Landau sei einer der besten Standorte in Rheinland-Pfalz. Der Landauer Einzelhandel müsse sich nicht verstecken. Die Stärken müssten weiter gestärkt werden. Dann dürfe man aber nicht alles einfrieren, sondern müsse sich stetig weiterentwickeln. Auf Marktveränderungen müsse man reagieren und sich anpassen. Mit dem Einzelhandelskonzept zeige man auch Entwicklungsmöglichkeiten auf, in dem man den zentralen Versorgungsbereich definiere. Der SPD gehe es darum, keine Tabuzonen zu haben, sondern auch mal progressiv nach vorne zu denken. Dies bedeute, dass man das Gelände der Post für eine weitere Entwicklung nicht ausschließen sollte. Allerdings dürfe man auch keinen Wildwuchs zulassen. Das vorliegende Konzept sei ein qualitativ hochwertiger Entwurf.

Ratsmitglied Morio sprach von einer Bestandsaufnahme mit interessanten Aspekten. Das Konzept habe zwei Hauptkriterien, nämlich die Steuerung und Stärkung des Einzelhandels sowie die Sicherung der zentralen Versorgungsstrukturen. Die Innenstadt zeichne sich durch eine klare und kompakte Struktur aus. Oberste Priorität müsse es sein, die Grundversorgung zu erhalten und zu stärken. Es sollten zudem Ergänzungsstandorte um das Stadtzentrum herum ermöglicht werden. Politik und Verwaltung dürften ihre Planungshoheit und Planungsziele nicht aufgeben, um nicht zum Spielball von Investoren zu werden. Wichtigste Aufgabe des Rates in den kommenden Jahren sei es, gezielte Entwicklungsimpulse zu setzen. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüße das aufgezeigte Ziel einer „Stadt der kurzen Wege“. Bei der Öffnung neuer Standorte und bei einer Umnutzung bestehender Betriebe müsse stets eine Verträglichkeitsanalyse vorgenommen werden. Die Landauer Innenstadt dürfe räumlich nicht überdehnt werden, sondern sollte vielmehr in ihrer jetzigen Ausdehnung gestärkt und für die Besucher erlebbar gemacht werden. Hier befinde man sich auf einem guten Weg. Bei aller Euphorie dürfe man aber die Parkplatzsituation nicht vergessen. In den letzten Jahren habe man durch Aus- und Umbaumaßnahmen rund 300 innerstädtische Parkplätze verloren. Hier müsse man gegensteuern und wegfallende Parkplätze innenstadtnah ersetzen. Das Einzelhandelskonzept sei nach 10 Jahren fortgeschrieben worden. Er rege an, das Konzept künftig in kürzeren Intervallen fortzuschreiben. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Ratsmitglied Schröder hielt eine Steuerung des innerstädtischen Einzelhandels auch aus städtebaulicher Sicht für notwendig. Das Konzept enthalte auch wichtige Anregungen zum Ausbau des ÖPNV, zum Radwegenetz und zur Gestaltung von Plätzen. Die Innenstadt sei nicht nur Einkaufsplatz, sondern biete auch Raum zum Leben. Für Bündnis 90/Die Grünen sei es wichtig, dass es eine Vielfalt im Einzelhandel gebe und nicht nur Discounter und Supermärkte. Ein großes Problem seien die hohen Mieten. Die Bündnis90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes zu.



Ratsmitglied Volkhardt vertrat die Auffassung, dass das vorliegende Konzept eine Reihe von interessanten Zahlen enthalte. So zeige sich beispielsweise, dass es in Landau keine Versorgungsengpässe gebe. Die FWG-Stadtratsfraktion sehe daher keinen Bedarf für einen weiteren Supermarkt. Das Konzept zeige Entwicklungsgrenzen auf, was aber nicht bedeute, dass überhaupt keine Entwicklung mehr möglich sei. Es würden nur Grenzen gegen eine zügellose Ausweitung gesetzt. Das Ziel einer fußläufigen Erreichbarkeit der Geschäfte sei ein hehres Ziel. Gerade in den Ortsteilen sei dies nicht umsetzbar. In den wenigsten Ortsteilen gebe es noch Geschäfte, um den täglichen Bedarf zu decken. Dabei leben in den Ortsteilen 30 % der gesamten Bevölkerung von Landau.

Er halte es für wichtig, den Begriff der Innenstadtrelevanz zu konkretisieren. Die FWG sehe das Gutachten als Zustandsbericht, als eine neutrale Beleuchtung von außen. Es sei aber ganz sicher keine Handlungsanweisung. Für ihn sei das Gutachten die Bestätigung, dass Landau keine weitere Einzelhandelsimmobilie brauche.

Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel hielt es für wichtig, dass Landau sein Einzelhandelskonzept habe und fortentwickle. Das Umfeld schlafe nicht, daher könne man sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Es werde immer schwieriger sich gegen Outletcenter zu behaupten. Hier sei Landau eingeschränkt, habe aber auch Vorteile wie beispielsweise die Infrastruktur und einen abwechslungsreichen Einzelhandel. Es sei wichtig, dass man sich auf externen Sachverstand berufen könne. Wenn man noch kein Einzelhandelskonzept hätte, müsste man eines machen, denn ohne gehe es nicht. Landau sei eine lebendige Stadt, die miteinander spreche, um den Einzelhandel weiter zu bringen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Einzelhandelskonzept zu.

Ratsmitglied Dr. Migl lobte, dass bei diesem Prozess eine große Beteiligung der Bürger stattgefunden habe. Der Erfolg der Bürgerforen habe dies bestätigt. Das jetzt vorliegende Konzept sei die Frucht eines langen Diskussionsprozesses. Ihm gefalle sehr gut, dass eine Priorität bei einer wohnortnahen Grundversorgung gesetzt werde. Das Gutachten stelle fest, dass die quantitative Angebotsausstattung ausreichend sei. Insgesamt sei das Einzelhandelskonzept eine gute Grundlage für die weitere Arbeit. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Vorsitzende erklärte, dass sogenannte Tante-Emma-Läden, wie er nun in Arzheim entstanden sei, nur dann eine Chance hätten, wenn man dort auch einkaufe.

Er wolle deutlich machen, dass die Stadt ihren Part zu spielen habe, aber andere eben auch. Er denke da vor allem an die Eigentümer, die auch eine Verantwortung hätten. Da seien der Stadt auch teilweise die Hände gebunden. Man müsse gegenüber dem Einzelhandel auch mal kritische Worte sprechen. Mit einem „Immer-weiter-so“ werde man irgendwann abgehängt. Die kleinteilige Struktur sei einerseits gut, aber andererseits auch nicht. In gewissen Bereichen brauche man auch größere Einheiten, da müsse man etwas tun. Die Stadt und die Verwaltung seien ganz sicher kein Spielball der Investoren; sondern ein gleichberechtigter Partner.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Das vom Planungsbüro Junker und Kruse, Dortmund, unter enger Beteiligung der Politik, der Verwaltung, des Handels und der Verbände erarbeitete Einzelhandelskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz vom März 2010 (Anlage) wird als Entwurf beschlossen und dient als Orientierungsrahmen für die räumliche Steuerung des Einzelhandels und die Sicherung zentraler Versorgungsstrukturen in Landau.**
2. **Der Entwurf des Einzelhandelskonzeptes soll im Rahmen eines Bürgerforums der Öffentlichkeit vorgestellt werden.**
3. **Werden im Rahmen des Bürgerforums keine Anregungen vorgebracht, die eine grundlegende Änderung der inhaltlichen Aussagen des vorliegenden Entwurfes nach sich**



**ziehen, wird das Einzelhandelskonzept direkt im Hauptausschuss beraten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Einzelhandelsentwicklung - Standortprüfung für einen Vollsortimenter (Supermarkt)

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er sei der SPD-Fraktion dankbar für diesen Prüfauftrag. Mit diesem Prüfauftrag habe man prüfen können, ob es einen qualitativen Verbesserungsbedarf gebe. Es gebe hier keinen Zeitdruck. Man komme nach der Prüfung zum Ergebnis, dass sich Landau mit einem weiteren Vollsortimenter weiter entwickeln könne. Die Verwaltung habe verschiedene Alternativen geprüft, wobei immer klar gewesen sei, dass man die gewachsenen Strukturen der Stadt nicht kaputt machen wolle. Als mögliche Standorte blieben die Weißenburger Straße und ein Standort am östlichen Ende der Cornichonstraße. Voraussetzung für den Standort Cornichonstraße wäre, dass bis dorthin die Südtangente gebaut ist. Diese beiden Standorte seien mit vier Interessenten erörtert worden. Hier habe es einen sehr offenen Dialog bei unterschiedlichen Interessen gegeben.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion mit dem Prüfantrag einen Stein ins Wasser geworfen habe. Dieser Stein habe Wellen geschlagen wie ein Tsunami. Nun sei man glücklicherweise wieder auf den Boden der Sachlichkeit zurückgekehrt. Die Stadtverwaltung habe sorgfältig und umfassend geprüft. Er wolle noch mal klar stellen, dass es lediglich um einen weiteren Supermarktstandort gehe. Als Stadtrat und als Verwaltung dürfe man keinen Wettbewerber bevorzugen, was auch nie beabsichtigt gewesen sei. Nach der Prüfung der Verwaltung sollte man alle anderen Standorte ad acta legen und nur die beiden verbleibenden diskutieren. Der SPD sei es wichtig, dass ein Standort gefunden werde, der im Süden bzw. Südwesten der Stadt liege. Dort gebe es eine Versorgungslücke. Mit keinem der in Frage kommenden Standorte bestehe die Gefahr dass ein bestehender Supermarkt platt gemacht werde. Er persönlich habe eine gewisse Präferenz für den Standort an der Weißenburger Straße. Dieser wäre auch von den Stadtteilen Arzheim, Mörsheim und Wollmesheim aus am besten erreichbar. Ein dort realisierbarer Markt wäre mit 1.200 qm Verkaufsfläche groß genug, um wirtschaftlich betrieben werden zu können. Mit einem Markt im Südwesten der Stadt könne man Kaufkraft binden, die ansonsten abfließe. Als Landauer Stadtpolitiker müsse man alles tun, um diese Kaufkraft zu binden. Es wäre geradezu fahrlässig gegen den bestehenden Bedarf zu stimmen. Ansonsten würden die Leute mit den Füßen abstimmen.

Ratsmitglied Lerch hielt es für einen guten Zeitpunkt, im Kontext mit der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes über einen weiteren Supermarktstandort zu diskutieren. Aus diesem Konzept könne man herauslesen, dass es durchaus sinnvoll sei an diesem Standort einen weiteren Vollsortimenter anzusiedeln. Ausgangspunkt müsse die Interessenslage der Stadt und ihrer Bürger sein. Vor diesem Hintergrund könne man von Seiten der CDU-Fraktion beiden Standorten zustimmen. Für Kontraproduktiv halte er, dass im laufenden Prüfverfahren bereits Namen von Wettbewerbern genannt worden seien. Entscheidend sei, dass alle die gleichen Chancen haben. Hierauf lege die CDU-Stadtfraktion besonderen Wert.

Ratsmitglied Schröder sprach sich gegen einen Standort an der Weißenburger Straße aus. Die Weißenburger Straße sei bereits jetzt hoch frequentiert. Wenn durch einen weiteren Supermarkt noch Verkehr hinzukäme, sei dies verkehrspolitisch nicht mehr haltbar. Es sei ja auch nicht so, dass der Südwesten Landaus nicht versorgt sei. Von daher sei auch keine Eile geboten. Ein weiterer Nahversorger im Gebiet Estienne Foche wäre für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Ordnung, nicht jedoch ein weiterer Vollsortimenter.

Ratsmitglied Volkhardt machte deutlich, dass es für die FWG-Stadtratsfraktion eine Grundsatzfrage sei, ob man überhaupt einen weiteren Markt brauche und wenn ja, wo. Der Standort Weißenburger Straße sei aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens aus seiner Sicht problematisch. Er bezweifle, dass dieser Standort ein integrierter Standort sei. Supermärkte würden zu 99 % mit dem Auto angefahren und nicht fußläufig. Gerade deshalb halte er diesen Standort für schwierig. Der zweite vorgeschlagene Standort Cornichonstraße liege zu weit abseits und sei verkehrstechnisch nicht ausreichend angebunden. Wenn man sich die Karte anschau, dann lägen fast alle Supermärkte im





östlichen Bereich der Stadt. Lücken und somit einen Bedarf sehe er eher im westlichen Bereich. Die Kaufkraft bewege sich immer in beide Richtungen. Es gebe also sowohl Zufluss als auch Abfluss. Seiner Meinung nach sei der Zufluss an Kaufkraft größer als der Abfluss. Die Qualität der vorhandenen Märkte halte er für ausreichend und gut. Eine Diskussion hierüber sei doch eher ein typisch deutsches Problem. Die ganze Fragestellung habe keine Eile und sollte daher auch in den Ausschüssen ausgiebig beraten werden.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass aus der Prüfung und Abwägung seitens der Verwaltung zwei Standorte herausgekommen seien. Auch nach der vorliegenden Informationsvorlage seien noch viele Fragen im Raum, die geklärt werden müssten. Beispielsweise gehe es um die Fläche eines Vollsortimenters oder um Besitzverhältnisse der Flächen. Schließlich müssten auch die Einzelhandelsunternehmen mit in die Diskussion genommen werden. Diese hätten in der Standortfrage ein mächtiges Gewicht.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sich für die UBFL-Stadtratsfraktion die Frage stelle, ob wirklich noch so ein großer Supermarkt gebraucht werde. Ihr Konzept gehe eher von der Schaffung kleiner Angebote aus. Ein größerer Supermarkt erzeuge wieder zusätzlichen Verkehr, der dann als Legitimation für eine neue Straße herangezogen werde. Dies lehne sie ab. Sie glaube schon, dass nach einer Besiedlung des jetzigen Kasernengeländes Estienne Foche ein größerer Bedarf bestehe. Dies müsse aber alles behutsam entwickelt werden. Da gebe es dann schon einen Interessenskonflikt mit gewissen Firmen, die lieber größere Einheiten wollten. Supermärkte, die nur mit dem Auto anfahrbar seien, halte sie nicht für zukunftsfähig. Dies sei zwar aus rein merkantilem Interesse nachvollziehbar. Im Sinne der Wohnbevölkerung sei dies aber nicht.

Der Vorsitzende entgegnete, dass hier teilweise ein Bild gezeichnet worden sei, dass mit der Realität nichts zu tun habe. Man könne nicht Tante-Emma-Qualität zu Aldi-Preisen bekommen. Es gehe darum, beides zu ermöglichen, nämlich Tante-Emma-Läden wie in Arzheim aber auch Vollsortimenter und Discounter. Manche Fragen würden offen bleiben.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Ersatzsporthalle für die Rundsporthalle

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagement vom 22. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zusammen mit der Vorlage werde man den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion zu dieser Thematik vom 16. Mai 2010 beraten. Er verwies auf den Antrag, der ebenfalls dieser Niederschrift beigelegt ist.

Man habe vor einiger Zeit das Dach saniert und hätte noch einige Sanierungsschritte gehabt. Nun kam die Nachricht, dass das Dach erneut von Rost befallen und undicht sei. Niemand könne die Garantie geben, dass nicht wieder Wasser eindringe. Wenn diese Metallmembran durchroste, falle die gesamte Halle zusammen.

Er habe vor diesem Hintergrund die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob nicht ein Neubau sinnvoller sei. Man habe dann verschiedene Standorte für einen Neubau geprüft. Im wesentlichen seien dies die jetzige Rundsporthalle, der Jahnsporplatz und das Gelände bei der Berufsbildenden Schule gewesen. Die CDU habe dann noch den Standort Süwega-Halle ins Gespräch gebracht, was man ebenfalls geprüft habe.

Im Ergebnis schlage man eine 3,5-Feld-Halle als Ersatz für die wegfallenden Sportflächen am jetzigen Standort der Rundsporthalle vor. Nun seien die Wunschvorstellungen der Fraktionen und Stadträte gekommen. Insbesondere gebe es das Begehren, mehrere Sporthallen zu bauen. Dies sei aus finanziellen Gründen nicht machbar.

Der Vorschlag der Verwaltung sei, den Jahnsporplatz zu drehen und einen Kunstrasenplatz anzulegen. Die neue Halle stelle man dann auf das freiwerdende Gelände des Jahnsporplatzes. Auf der durch den Abriss der Rundsporthalle freiwerdenden Fläche gewinne man Parkplätze für das Freibad. Dadurch werde ein Optimum an diesem Standort erreicht, in dem man das Sportzentrum erhalte und ausbaue. Es sei unbestritten, dass die Berufsbildende Schule eine Sporthalle brauche. Man müsse aber auch ehrlich sein und klar und deutlich sagen, dass dies derzeit finanziell nicht vertretbar sei. Wenn man realistisch sei, müsse man jetzt den Schwerpunkt Rundsporthalle setzen.

Ratsmitglied Dr. Kopf machte deutlich, dass es der SPD-Stadtratsfraktion nicht leicht falle, den Standort Rundsporthalle aufzugeben. Dies sei für die SPD schon ein schwerer Schlag gewesen. Die Vorteile des Vorschlages der Verwaltung würden überwiegen, er sei vor allem kostenneutral. Zu Beginn der Debatte sei die SPD-Stadtratsfraktion für alle Standorte offen gewesen. Es habe durchaus viele Fürsprecher für den Standort an der Berufsbildenden Schule gegeben. Bei Abwägung aller Argumente habe man sich dann aber für den Standort im Sportzentrum entschieden. Dass es einen Bedarf für eine Sporthalle an der BBS gebe, stelle er nie in Abrede. Man habe aber die finanziellen Mittel nicht. Finanziell stehe man mit dem Rücken zur Wand, die Situation werde ganz sicher nicht rosiger. Der Standort am Sportzentrum sei der richtige, nicht nur wegen des Schulsports. Ein wichtiges Argument sei hier auch der Vereinssport.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass es in der Diskussion in allen wichtigen Fragen einen Konsens gegeben habe. Man sei sich einig, dass man eine Lösung für den Bedarf Rundsporthalle brauche, dass man einen Engpass bei der Berufsbildenden Schule habe und dass es in Landau beengte Hallenkapazitäten gebe. 15 000 Menschen in Landau seien Mitglied in Sportvereinen. Der Sport habe eine enorme gesellschaftspolitische Bedeutung. Die jetzige Situation mit der Rundsporthalle biete die Chance eine Zäsur zu machen und einen perspektivischen Masterplan zu erstellen. Diese Chance sei nach Meinung der CDU vertan worden. Dies sei schade gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Universität. Die Aussage, dass niemand was dagegen habe mit der Uni eine Halle zu bauen, sei ihm zu wenig. Dass die CDU-Fraktion dennoch zustimme, liege daran dass drei wesentliche Forderungen der CDU erfüllt worden seien. Es sei immer Forderung der CDU gewesen, den Status quo zu erhalten. Fakt sei auch, dass die CDU immer einen Sporthallenbau im Sportzentrum gefordert habe. Dritter Fakt sei, dass es problematisch wäre eine Vakanzzeit ohne Sporthalle zu überbrücken. Weil diese drei Grundsätze der CDU umgesetzt seien, könne man der Vorlage auch zustimmen. Die



Vorlage biete noch einiges an Gestaltungsmöglichkeiten auch hinsichtlich der Finanzierung. Man werde dies offen und konstruktiv begleiten.

Ratsmitglied Brunner erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage so nicht zustimmen könne. Das Sportzentrum sei ein wichtiges innerstädtisches Naherholungsgebiet mit Stadion, Jahnsporplatz, Rundsporthalle und Freibad. Durch das vorgeschlagene Konzept gehe ein wertvoller Bolzplatz verloren. Den geplanten Parkplatz auf dem Gelände der jetzigen Rundsporthalle halte sie für vollkommen überflüssig. Man sollte doch eher dazu anhalten, mit dem Fahrrad ins Sportzentrum zu kommen und nicht mit dem Auto.

Ratsmitglied Schröer ergänzte, dass man grundsätzlich Ja sage zu einer 3,5-Feld-Halle, aber nicht an dem vorgeschlagenen Standort Jahnsporplatz. Man wolle aber eine Halle haben, die energieeffizient gebaut wird. Der jetzt vorgeschlagene Standort erhöhe zudem die Kosten.

Ratsmitglied Volkhardt berichtete von einer lebhaften und ausführlichen Diskussion in seiner Fraktion. Das Alter von 30 Jahren sei kein zwingender Grund für den Abriss der Rundsporthalle. Zudem sei noch sehr viel in die Halle investiert worden. Der Jahnsporplatz habe eine gute Infrastruktur. Der neue Platz sollte allen Vereinen und insbesondere den Jugendmannschaften zur Verfügung stehen. Für die FWG spiele die Notwendigkeit einer Sporthalle für die berufsbildende Schule eine wichtige Rolle. Der lange Weg von der Berufsschule zur Rundsporthalle sei nicht mehr zumutbar und auch versicherungsrechtlich problematisch. Die FWG erwarte vom Oberbürgermeister und vom Stadtrat ein politisches Signal zum Bau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule. Es gebe keine einheitliche Abstimmung bei der FWG-Stadtratsfraktion. Dem UBFL-Antrag könnte man zustimmen, wenn er dahingehend modifiziert wäre, dass an der BBS eine 2-Feld-Halle gefordert würde.

Ratsmitglied Silbernagel schloss sich im wesentlichen den Ausführungen der verschiedenen Vorredner an. Der Abriss der Rundsporthalle sei unvorhergesehen. Dies sei eine Notsituation für den klammen städtischen Haushalt. Angesichts der Bedeutung der Halle für die Vereine und auch für den Schulsport müsse Ersatz geschaffen werden. Der in der Sitzungsvorlage vorgeschlagene Ersatzbau sei der richtige Ausgleich. Er hoffe, dass die festgelegten Mittel eingehalten werden. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion ihren Antrag dahingehend abändere und eine 3,5-Feld-Halle als Ersatz für die Rundsporthalle und eine 2-Feld-Halle im Bereich der Berufsbildenden Schule beantrage. Man spreche hier über eine Grundpflicht der Schulen, ihren Schülern ausreichend Sportunterricht anzubieten. Geld dürfe hier allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Dann müsse eben an anderer Stelle gespart werden. Die bisher in die Halle investierten Renovierungskosten von 750.000 Euro seien letztlich in den Sand gesetzt. Notfalls müssten sich das Land bzw. die umliegende Kommunen an den Kosten beteiligen. Der UBFL gehe es darum, heute über den Bau einer zweiten Halle abzustimmen.

Der Vorsitzende erklärte, dass es viel zu sagen gebe zu dem was hier geäußert worden sei. Er halte es hier aber mit Helmut Kohl, der einmal gesagt habe: „Entscheidend sei, was hinten raus komme“. Dies sei auch hier so. Entscheidend sei, was finanzierbar sei. Ehrlicherweise sei eigentlich schon die 3,5-Feld-Halle nicht finanzierbar. Hier müsse man schon sehen, wie man durchkomme. Über alles andere müsse man bei den Haushaltsberatungen sprechen. Er habe ja selbst die Berufsbildende Schule ermuntert, ihren Bedarf anzumelden. Daher sei es wichtig, dass die BBS ihren Bedarf angemeldet habe.

Ratsmitglied Ludwig erinnerte daran, dass es die Sportunterrichtspflicht an Berufsschulen erst seit den 80er-Jahren gebe. Man sollte auf jeden Fall mit fertigen Plänen gewappnet sein, wenn es Fördermöglichkeiten über das Land gebe.



Ratsmitglied Prokop wollte wissen, ob eine Variante geprüft worden sei den Jahnsporplatz nicht zu drehen und die neue Halle in Ost-West-Richtung auszurichten.

Der Vorsitzende erläuterte hierzu, dass dies Mehrkosten von 250.000 Euro bedeutet hätte. Die Drehung des Jahnsporplatzes sei noch einiges teurer.

Ratsmitglied Dr. Blinn gab einige Erläuterungen zum 120-Millionen-Förderprogramm des Landes.

Ratsmitglied Freiermuth plädierte nochmals mit Nachdruck für eine Sporthalle an der Berufsbildenden Schule. Die BBS sei die größte Schule in Landau mit mehr als 2000 Schülern, aber auch die einzige ohne Sporthalle. Wenn die Entscheidung heute so falle, wie sie sich andeute, bekomme die BBS nie mehr eine eigene Sporthalle. Viele Aussagen in der Sitzungsvorlage könne man auch anders sehen. Dass man erhaltene Fördergelder für die Rundsporthalle nicht zurückzahlen müsse und auch noch neue Fördergelder für eine zweite Sporthalle erhalte, sei noch längst nicht geklärt. Hier gelte das Prinzip Hoffnung. Wenn man jetzt die Halle abreißt, dann seien mehr als 800.000 Euro in den Sand gesetzt. Er verstehe nicht, wie man dem zustimmen könne. Der Jahnsporplatz sei vor Jahren schon mal gedreht worden. Jetzt drehe man ihn wieder, das erinnere ihn an Schilda. Jetzt könnte man auch für den Bereich der Bildung mal Fakten schaffen. Die Rundsporthalle sollte man für 2,4 Millionen Euro sanieren, wobei hier noch einige Dinge billiger gemacht werden könnten. Er halte diese Entscheidung für grottenfalsch.

Ratsmitglied Schwarzmüller konnte nicht nachvollziehen, warum man den Standort wechsele. Die günstigste Variante sei, die Rundsporthalle abzureißen. Wenn man dann einen Neubau mache, dann aber am alten Standort. Die Vereine müssten Lösungsmöglichkeiten finden, die Zeit von 18 Monaten zu überbrücken. Die Stadt habe einfach das Geld nicht für die vorgeschlagene Lösung.

Ratsmitglied Scheid beantragte zur Geschäftsordnung, jetzt über die Vorlage abzustimmen. Es seien alle Argumente ausgetauscht.

*Es gab keine Gegenrede.*

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 9 Nein-Stimmen:

1. Der Stadtrat stimmt der Errichtung eines Ersatzneubaus für die Rundsporthalle am Standort Jahnstraße sowie der Neuausrichtung des Jahnsporplatzes als Kunstrasenplatz zu.
2. Der Ersatzneubau soll als 3,5-Feld-Halle ausgeführt werden, wobei eine Außenwand die Voraussetzungen für die Anbringung einer Kletterwand erfüllen muss.
3. Der Stadtrat stimmt dem Abriss der Rundsporthalle nach der Errichtung einer Ersatzhalle zu.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die für eine Förderung notwendige Planungs- und Finanzierungsberatung beim Innenministerium durchzuführen sowie die erforderlichen Förderanträge zur Bezuschussung dieser Maßnahme durch das Land Rheinland-Pfalz zu stellen.
5. Diese Vorgehensweise steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und Genehmigungsfähigkeit des Wirtschaftsplanes 2011 und der Finanzplanungsjahre.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.1. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Errichtung zweier 3-Feld-Hallen**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Punkt 6 beraten. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 5 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

**Der abgeänderte Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 16. Mai 2010, eine 3,5-Feld-Halle am Standort der jetzigen Rundsporthalle und eine 2-Feld-Halle zur Deckung des Sportbedarfs der Berufsbildenden Schule zu errichten, wird abgelehnt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### Optimierung Restabfallsammlung

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 22. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zusammen mit der Vorlage werde man den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zu dieser Thematik vom 17. Mai 2010 beraten. Er verwies auf den Antrag, der ebenfalls dieser Niederschrift beigelegt ist. Die vorliegende Sitzungsvorlage sei eine gute Vorlage.

Herr Eck erläuterte die Vorlage. Es sei an der Zeit gewesen, das Abfallwirtschaftskonzept zu überprüfen und die Gebühren demographiesicher zu gestalten. Man habe sich hier einen externen Berater zugezogen. Nach Abwägung aller Erkenntnisse sei man zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen. Ein großer Meilenstein werde es nicht sein, sondern eine moderate Ergänzung des jetzigen Systems. Er sei überzeugt, dass das hier vorliegende Konzept Anreize biete, Abfall zu vermeiden. Es sei eine deutliche Ausweitung des Service. Interessant werde es die Bioabfalltonne noch stärker zu nutzen, die sehr preisgünstig sei und deren Abfuhrtermine von 31 auf 34 Leerungen im Jahr erhöht werde. Neu sei die Einführung einer Behälterpauschale, womit man einen sozialen Ausgleich im System hinbekomme. Damit komme man vom bisher linearen zu einem degressiven Verteilungsmaßstab. Je kleiner das Gefäß sei, desto höher sei der Literpreis. Trotzdem könne man bis zu 60 Euro im Jahr sparen.

Ein gebührenfinanzierter Windsack sei rechtlich nicht zulässig. Aus diesem Grunde werde dies der EWL auch nicht vorschlagen. Zur Frage ob eine gelbe Tonne in Landau sinnvoll wäre, könne er nur sagen, dass dies die Abfallsituation nicht wesentlich verbessern würde.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage insgesamt zustimmen werde, mit Ausnahme der Ziffer 2, die eine Einführung eines gebührenfinanzierten Windsackes verneine. Es sei wichtig gewesen, das bisherige System zu überprüfen. Die vom Bürgermeister geprägte Berichterstattung in der Rheinpfalz habe zu Irritationen geführt. Der Literpreis sei nicht der alleinige Wert für ein gerechtes und sozial ausgewogenes Gebührensystem. Daher sei der hier vorgestellte systematische Ansatz richtig. Man müsse aber auch ehrlich sein. Für Haushalte, die im Moment die 70-Liter-Tonne voll machen, werde es teurer. Wichtig sei, dass es die zweiwöchige Leerung der 80-Liter-Tonne auch weiterhin gebe.

Richtig sei, dass ein gebührenfinanzierter Windsack in Rheinland-Pfalz rechtlich umstritten sei. Es gebe nur eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt zu dieser Frage. Er halte es für vertretbar, das Wagnis eines gebührenfinanzierten Windsackes einzugehen. Der damalige Antrag der SPD sei kein Schwantrag gewesen, sondern ernst gemeint. Ein Windsack wäre eine wichtige sozialpolitische Komponente.

Er halte es für wichtig, dass heute dieser Systemwechsel beschlossen werde. Allerdings gehe er davon aus, dass keine 60 % auf die vierwöchige Leerung umstellen würden.

Ratsmitglied Prokop stellte fest, dass die Anzahl der Personen in den Haushalten in den letzten Jahren gesunken sei und damit auch die Restabfallmenge. Eine absolute Gebührengerechtigkeit werde es nie geben. Bisher habe durch teilweise zu große Müllgefäße der Anreiz zur Müllvermeidung gefehlt. Die Einführung eines Windsackes sei seiner Meinung nach keine Pflichtaufgabe des EWL. Dies wäre über den städtischen Haushalt zu finanzieren. Hier müsse aber erst noch eine rechtliche Klärung erfolgen. Ausdrücklich begrüße er die Verlängerung der Abfuhrzeiten für die Bioabfalltonne. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Ellinghaus erinnerte daran, dass es diese Diskussion schon einmal gegeben habe. Man sei damals zur Überzeugung gelangt, dass die sinnvollste Berechnung der Gebühren nach dem Litervolumen sei. Vor über 20 Jahren habe man daher beschlossen, dieses lineare Gebührensystem einzuführen. Dieses System habe seiner Meinung nach dazu beigetragen, dass die Landauer Meister im Müll trennen seien. Nun wolle man von diesem System weggehen. Ein wirklicher Anreiz zum Mülltrennen gebe dieses degressive Gebührensystem nicht. Dies sei für die Fraktion von Bündnis





90/Die Grünen eine Grundsatzfrage. Die Grünen seien der Meinung, dass es beim linearen System für die einzelnen Haushalte höhere Sparmöglichkeiten gebe. Klar sei, dass die Gebühren ein wenig angehoben werden müssten. Dann müsste man dies aber klar verständlich machen. Daher bitte er um Zustimmung zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion.

Herr Eck erwiderte, dass man keine Gebührenerhöhung in der Summe mache. Im Gegenteil habe man 180.000 Euro weniger Gebühreneinnahmen. Man mache also keine verdeckte Gebührenerhöhung.

Ratsmitglied Volkhardt begrüßte es, dass kein gebührenfinanzierter Windsack angeboten werde. Die Rechtsprechung sehe eine soziale Komponente für den Windsack nicht vor. Das Kommunalabgabengesetz schreibe ein verursachergerechtes System vor. Daher sei auch der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen rechtlich nicht haltbar. Die Gebühren seien seiner Meinung nach korrekt berechnet, daher lehne die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag der Grünen ab.

Im Bereich der Abfallwirtschaft würden dunkle Wolken aus dem Bereich Pirmasens auf uns zukommen. Die Auslastung des Müllheizkraftwerks stehe mehr denn je in Frage. Die Preise und damit auch die Gebühren werden steigen. Ein Ausstieg aus dem ZAS werde nicht möglich sein. Die Stadt Landau habe die Verpflichtung, den Müll nach Pirmasens zu liefern.

Der Sitzungsvorlage werde die FWG-Stadtratsfraktion mehrheitlich zustimmen, beantrage aber getrennte Abstimmung.

Ratsmitglied Silbernagel hielt es für wichtig, die Gebühren immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Für die FDP sei es wichtig, dass nicht nach dem Rasenmäherprinzip Kosten erhöht würden. Vielmehr hätte der Bürger Wahlmöglichkeiten. Es sei hier nach dem Nutzen-Kosten-Prinzip verfahren worden. Wer viel Müll produziere, solle auch dafür bezahlen. Der Bürger könne selbst entscheiden, welche Tonnengröße und welchen Abfuhrhythmus er benötige. Er begrüße auch, dass die wöchentliche Abfuhr der Biotonne bis in den September verlängert werde. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah einige Widersprüche in der Sitzungsvorlage nicht ausgeräumt. Man hätte ihrer Meinung nach klar stellen müssen, dass der vierwöchige Abfuhrhythmus nur eine Option sei. Nach dieser Vorlage sei es so, dass der Bürger mehr bezahlen müsse für weniger Leistung. Für einen Großteil der Bürger sei es eine Gebührenerhöhung. Wenn die Bürger ehrlich seien und keinen „Mülltourismus“ machen, werde es teurer. Der Antrag der Grünen habe den Charme der Klarheit und Nachvollziehbarkeit. Mit dem Antrag der Grünen gebe es eine klare Belohnung der kleinen Restmüllmengen. Daher finde dieser Antrag die Sympathie der UBFL. Sie halte es für sinnvoll, dies noch mal zu diskutieren. Dass der Windsack nach dem KAG nicht über den Gebührenhaushalt gehe, leuchte ihr ein. Dann sollte man allerdings Geld aus dem städtischen Haushalt in die Hand nehmen.

Herr Eck stellte klar, dass man sehr viele Varianten durchgerechnet habe. Man habe die Vor- und Nachteile des degressiven und des linearen Systems abgewogen. Im Verwaltungsrat sei dies alles dargestellt worden. Mit diesem Vorschlag gehe man an die Bürger. Wenn die Bürger sagen man brauche etwas anderes, dann werde man auch neu kalkulieren.

Ratsmitglied Dr. Leydecker war der Meinung, dass die Verlierer dieses Vorschlages die Familien seien. Gerade Familien mit Kindern könnten eben nicht sparen. Dies sei kontraproduktiv zu dem Ziel, Familien zu entlasten. Er bezweifle, dass diese Umstellung kostenneutral sei. Man müsse nämlich beispielsweise auch die Kosten für das Gutachten und die Beschaffung der neuen Mülltonnen bedenken.

Ratsmitglied Hott hätte sich gewünscht, dass deutlicher herauskommt, dass die Abfallsäcke weiterhin die günstigste Möglichkeit der Abfallentsorgung blieben. Wenn der Bürger die vierwöchige Leerung wähle und dazu den Abfallsack nehme, dann habe er pro Jahr eine Ersparnis von über 60 Euro. Dies sei für ihn sehr sozial.



Ratsmitglied Burckhardt fand, dass es im Vorfeld der heutigen Sitzung genügend Gelegenheiten gegeben habe, alle Möglichkeiten zu diskutieren.

Ratsmitglied Ellinghaus konnte die rechtlichen Bedenken bezüglich der Einführung des Windelsackes nicht teilen. Man sollte nicht immer die Entscheidungen eines Verwaltungsgerichts in einem Einzelfall zum Maßstab des eigenen Handelns machen.

Ratsmitglied Dr. Bals bat darum, im Bericht des EWL im Jahr 2012 einen Vergleich des alten und des neuen Gebührensystems gegenüberzustellen. Er sei sich sicher, dass die Belastungen geringer werden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 1. die Restabfallsammlung wie in der Begründung vorgeschlagen zu modifizieren,**

Der Stadtrat lehnte mit 21 Ja-, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bei Stimmengleichheit ab

- 2. aus rechtlichen Gründen keinen gebührenfinanzierten Windelsack anzubieten,**

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 3. den wöchentlichen Abfuhrhythmus der Bioabfallsammlung in den September hinein auszuweiten.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.1. (öffentlich)

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Modifizierung der Restabfallsammlung und Neufestsetzung der Müllgebühren**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Punkt 7 beraten. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 6 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 17. Mai 2010, die neu fest zu setzenden Müllbehältergebühren für den Volumenbedarf der Mülltonnen weiterhin wie bisher nach dem linearen Mengenverbrauchsprinzip in der Verbrauchseinheit Liter zu berechnen, wird abgelehnt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Aufstellung des Bebauungsplanes GS 7 "Am Kalkgrubenweg Godramstein"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kern erklärte, dass dieser Bebauungsplan eine enorme Wichtigkeit für Godramstein habe. Die Sitzungsvorlage der Verwaltung dokumentiere die absolute Notwendigkeit des Vorhabens. Beim Baulücken- und Leerstandskataster sei Godramstein auf dem letzten Platz mit dem Hinweis auf die Ausweisung des Arrondierungsgeländes. Junge Familien würden Godramstein verlassen und in die Umlandgemeinden gehen, wo es genügend Baugelände gebe. Im Ortsvorsteherbüro liege eine Liste von mehr als 20 Bauplatzbewerbern. Es gebe also genügend Anfragen nach Baugelände, auch von außerhalb. Immer wieder würden Rat und Verwaltung betonen, dass die Willensbildung der Ortsbeiräte einen besonderen Stellenwert habe. Nun müsse der Rat dies beweisen und einen fast einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates auch ernst nehmen und ihm den nötigen Respekt entgegenbringen. Es gehe in Godramstein um Wohnraum für 60 bis 80 Menschen. Er bitte eindringlich, der Sitzungsvorlage zuzustimmen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass die Verwaltung und er als Baudezernent nicht der Meinung dieser Sitzungsvorlage seien. Sie sei erstellt worden, weil es für den Antrag der CDU damals eine knappe Mehrheit gegeben habe.

Der Stadtrat lehnte die Sitzungsvorlage mehrheitlich mit 21 Ja- und 23 Nein-Stimmen ab.

- 1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Godramstein zwischen der Max-Slevogt-Straße im Westen, landwirtschaftlichen Flächen im Norden und Osten sowie der Wohnbebauung des Haingeraideweges im Süden wird für die Schaffung von Wohnbauflächen gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan GS 7 „Am Kalkgrubenweg Godramstein“, aufgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.**
- 3. Es wird beschlossen, die Entwicklung des Baugebietes auf einen Erschließungs-träger zu übertragen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Sanierungsgebiet Ortskern Landau-Nußdorf, Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, die SPD-Stadtratsfraktion wolle, dass in den Ortsteilen entwickelt werde. Er gehe davon aus, dass es ein Baulückenkataster für alle Ortsteile gebe und dann entsprechend auch Sanierungsgebiete ausgewiesen werden. Die Ortsteile dürften nicht vergreisen, sondern man wolle auch junge Familien in den Orten haben. Das Baulückenkataster solle Entwicklungsmöglichkeiten in den Ortsteilen aufzeigen und Räume für junge Familien bieten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Auf der Grundlage von § 141 Abs. 3 BauGB wird der Beginn der vorbereitenden Untersuchungen für das in der Anlage näher bezeichnete Gebiet beschlossen und damit die Vorbereitung zur Ausweisung eines künftigen Sanierungsgebietes „Ortskern –Landau-Nußdorf“ eingeleitet.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Kosten- und Finanzierungsstand, Eigenanteil Stadt**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der im Haushaltsplan 2010 unter dem Produktkonto 5113.019 002 ausgewiesene Eigenanteil der Stadt zur Finanzierung der Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd" wird von 141,3 T€ um 146,5 T€ auf 287,8 T€ erhöht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Sanierungsgebiet Deutsches Tor; Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme  
Deutsches Tor, Neustadter Straße 2, gem. § 164 a BauGB i. V. m. § 177 BauGB;  
Grundstückseigentümer: Thorsten Holch, Dagobertstraße 1, Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Das Deutsche Tor sei damals 16 Monate lang ausgeschrieben gewesen. Als einziger habe dann Herr Holch ein Angebot über 86.000 Euro gemacht. Diese alten Gebäude seien sehr schwer und nur mit der nötigen Erfahrung zu sanieren. Hierzu brauche man aber auch öffentliche Mittel. Wenn aber wegen gesetzlicher Vorgaben die Laufzeitbindung bei 25 Jahren bleiben müsse, dann halte er es für gerechtfertigt, die Förderquote auf 500.000 Euro zu erhöhen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt den Kaufpreis generell für zu niedrig. Mit dieser Vorlage gebe man nun Herrn Holch nach und gebe ihm das was er wolle. Es habe gute Gründe gegeben, es damals nicht so zu machen. Herr Holch habe das Projekt nicht angepackt und werde nun dafür noch belohnt.

Der Vorsitzende erwiderte, dass hier nicht so getan werden könne, als gebe es eine Reihe von Bewerbern für das Deutsche Tor. Niemand werde bestreiten wollen, dass die Sanierung des Französischen Tores hervorragend gelungen sei. Man habe ganz bewusst für diese Vorlage die Öffentlichkeit gewählt und spiele mit offenem Visier.

Ratsmitglied Dr. Leydecker war der Meinung, dass es hier darum gehe, ob die Stadt eine privatunternehmerische Tätigkeit fördere. Er sei der Meinung, dass dies bei der städtischen Haushaltslage nicht gehe.

Der Vorsitzende machte noch mal deutlich, dass es natürlich darum gehe ein Risiko der Sanierung historischer Gebäude abzufedern. Wenn man dies nicht tue, würden solche Gebäude vergammeln. Die Stadt hätte dies nicht schultern können.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Für die am 17.02.2009 beschlossene künftige Modernisierung und Instandsetzung des historischen Torgebäudes der ehem. Festung Landau, Neustadter Straße 2 zum Wohn- und Geschäftshaus soll die bislang festgesetzte Förderhöhe von € 330.000,---(pauschal) auf € 500.000,---(pauschal) erhöht werden.**
- 2. Die Laufzeit des abzuschließenden Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrags wird bei 25 Jahren belassen.**
- 3. Es wird beschlossen, dass die im Rahmen von Vorgesprächen mit dem Eigentümer getroffene Übereinkunft, dass die Hälfte des städtischen Eigenteils vom Eigentümer getragen wird, entfällt. Damit beläuft sich der städtische Anteil (20%) auf € 100.000,-- bei einer zugrundegelegten Fördersumme von € 500.000,-- . Im Nachtragshaushalt wird die erhöhte Fördersumme von € 500.000,-- eingestellt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Richtlinien über die Erhebung von Elternbeiträgen für die außerunterrichtliche Betreuung in Grundschulen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 14. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den in dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf von Richtlinien über die Erhebung von Elternbeiträgen für außerunterrichtliche Betreuung in Grundschulen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Bereitstellung von 50.000,00 € für die Einrichtung einer Ganztagschule sowie 15.000,00 € für die Mittagsverpflegung an der Grundschule Süd**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 6. Mai 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2010 für die Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Süd 50.000,00 € bereitzustellen. Diese Ausgaben sind gedeckt durch die am 4. Mai 2010 beantragten Pauschalzuwendungen des Landes für die Einrichtung von Ganztagschulen.**
2. **im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2010 für die Mittagsverpflegung an der Grundschule Süd 15.000,00 € bereitzustellen. Diese Ausgaben sind zum Teil gedeckt durch die Kostenerstattungen der Eltern für die Mittagsverpflegung in Höhe von ca. 9.000,00 €.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Maßnahmepaket zur Erfüllung des Anspruchs auf einen beitragsfreien Kindergartenbesuch für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr zum 01. August 2010**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 21. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Hier sei die Stadt mit vorne dabei. Dies sei gut angelegtes Geld und ein wichtiger weicher Standortfaktor.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern der Kinderbetreuungseinrichtung bis zum 01. August 2010 umzusetzen.**

**Zu diesem Zweck bewilligt der Stadtrat im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2010 eine Gesamtsumme von 192.000,00 Euro. Landeszuschüsse in Höhe von 187.000,00 Euro sind ebenfalls zu beantragen und im Nachtrag einzustellen.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass die Verwaltung nach dem Zuschlag zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2014 mit Volldampf an die Arbeit gegangen sei. Alle wichtigen Vorlagen zum Gesellschaftsvertrag und zum Aufsichtsrat werden für die Sitzungen im Juni vorbereitet.

Der Vorsitzende informierte weiter, dass die Fahrt zum Kulturzentrum in Offenburg am 8. Juni 2010 stattfinden werde.

Er informierte weiter, dass man das Widerspruchsschreiben gegen Google Street View auf der städtischen Homepage hinterlegt habe und auch Sammelwidersprüche machen werde.

Ratsmitglied Schwarzmüller fragte, ob im Zuge der Verlegung der Gehwegplatten in der Fußgängerzone auch Gehwegplatten zum Behindertenparkplatz in der Badstraße verlegt würden.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man schon mehr mache als zugesagt war. Diese Platten würden mit Sicherheit nicht mehr in diesem Jahr verlegt, da die Haushaltsmittel aufgebraucht seien.

Ratsmitglied Kern sprach einen Pressebericht an, wonach das Land die Mittel für die ILEK-Förderung drastisch gekürzt habe. Ihn interessiere, ob davon auch die Mittel für das Wasserwirbelkraftwerk betroffen seien.



Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 25.05.2010 umfasst 25 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 290.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete